

**Bezugspreis:**

Monatlich in Neuenburg RM. 1,50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbereich, sowie im sonstigen landwirtschaftlichen Bereich RM. 1,50 mit Postzuschlag. Preis freibleibend. Preis einer Nummer 10 Pf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung des Jahrgangs oder auf Wiederherstellung des Bezugspreises. Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Buchhändler entgegen. Preisänderung RM. 4. Subskription Nr. 24 bei der Oberamts-Correspondenz Neuenburg.

# Der Enztäler

**ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG**

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenburg.

Nr. 290

Freitag den 11. Dezember 1931

89. Jahrgang

### Das Loch im Reichshaushalt

Erklärungen Dietrichs im Haushaltsausschuß

Berlin, 10. Dez. Reichsfinanzminister Dietrich gab heute im Haushaltsausschuß des Reichstags einen Überblick über die allgemeine Finanzlage. Er wies darauf hin, daß der durch die Notverordnung vom Juni d. J. ausgeglichene Reichshaushalt durch die Banken- und die Weltwirtschaftskrise, sowie die damit zusammenhängende starke Schrumpfung der deutschen Binnenwirtschaft erneut gefährdet worden ist. Durch den Sanierungsfonds sind im Juni fast 200 Mill. RM. verloren gegangen, im September sind nach vorübergehender Besserung im August neue große Steuererlässe aufgetreten, worauf der Haushalt erneut berichtigt worden ist.

Nach dem heutigen Stand der Dinge ist das Steuer- und Zollaufkommen um 1714 Mill. heruntergegangen, die zum Teil dem Reich, zum Teil aber auch den Ländern und Gemeinden entzogen wurden. Dazu sind 761 Mill. RM. neue Ausgaben gekommen. Sie verteilen sich fast reiflos auf 480 Mill. RM. zur Erhöhung der Mittel der Arbeitsförderung, 250 Mill. RM. Zuschüsse an die Gemeinden für Wohlfahrts- und Arbeitslosenunterstützung und 47 Mill. RM. für Zahlungen an die Arbeitslosenversicherung. Die Gesamterlöshöhe beträgt 2 1/2 Milliarden RM. Durch Steuer- und Zollerhöhungen wurden 688 Mill. RM. durch die Reparationsleistungen 784 Mill. RM., durch die Verringerung der Steuerentlastungen der Länder 680 Mill. RM., durch Ausgabenabnahme 271 Mill. RM., durch Erhöhung der Sozialleistungen infolge der Gehaltserhöhung 19 Mill. RM., durch Erhöhung der Verwaltungsleistungen 6 Mill. RM. ausgedrückt, zusammen rd. 2178 Mill. RM. Es entfallen von den Einnahmeverlusten 1250 Mill. auf die Besitz- und Verkehrssteuern, 91 Mill. auf die Zölle und Verbrauchsabgaben. Der Minister hob dann weiter hervor, es muß damit gerechnet werden, daß die Steuer- und Zolleinnahmen um weitere 200 Mill. RM. sinken. Es steht, wie er erklärte, außerdem fest, daß die für den Verkauf vorgesehene 150 Mill. RM. Reichsbahnvorsparnisse nicht nutzbringend sind. Dazu tritten 50 Mill. RM. Haushaltsüberschreitungen für Winterhilfe usw., so daß ein erneutes Loch von etwa 100-150 Mill. RM. entsteht.

Ein Teil davon wird aus dem Rückgewinn mit 170 Mill. RM. durch Sparmaßnahmen, 50 Mill. durch neue Gehaltserhöhungen und 120 Mill. durch erhöhte Umsatzerlöse für Januar und Februar. Durch die Vorverlegung der Einkommensteuervorauszahlungen um einen Monat werden weitere 50 Mill. gewonnen. Es ist, wie der Minister weiter hervorhob, anzunehmen, daß die Besitz- und Verkehrssteuern 1931

auf 6,1 Milliarden sinken werden. Dagegen ist bei den Zöllen und Verbrauchssteuern mit einem Eingang von 3,1 Milliarden auf Grund der vielen Erhöhungen mit einer Steigerung zu rechnen.

Die Verminderung der Ausgaben um 2,6 Milliarden besteht in der Reparationsleistung in Höhe von 1250 Mill. Reichsmark, in dem Rückgang der Steuerentlastungen um 700 Mill., in den Ausgabenentzügen von 650 Mill. RM.

Der Minister betonte, daß, von den Kriegsschulden, von den Ueberweisungen an die Länder und von Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung abgesehen, und ohne den erhöhten Schuldendienst, der schließlich auch auf den Krieg zurückzuführen ist, der Reichshaushalt für 1931 keine wesentlich größere Ausgabe aufweist, als der von 1913, obwohl 140 Mill. für Sozialleistungen außerhalb der Arbeitslosenunterstützung darin enthalten sind.

Der Minister hob weiter hervor, daß man mit der Arbeitslosenversicherung durchkommen und daß es auch bei der Krankenversicherung keine großen Sorgen geben wird. Dagegen bereitet, wie er erklärte, die Invalidenversicherung Sorge, weil die Mäßigmachung der Reserven schwierig ist. Ähnlich liegt es bei der Unfallversicherung. Die Beamtenbesoldung ist durch die verschiedenen Notverordnungen um über 30 Prozent gekürzt worden. In den unteren Besoldungsgruppen ist das Durchschnittseinkommen gegen 1913 auf 76 Prozent gesunken. Wir haben uns, so erklärte Dietrich, zu diesen harten Maßnahmen aus der Finanzlage heraus zwingen müssen, um der Gefahr zu begegnen, daß hier oder dort die Gehälter überhaupt nicht gezahlt werden könnten.

Seit November vorigen Jahres haben wir nicht einen Pfennig mehr im Ausland oder Inland gelehrt. Wir haben uns trotzdem durchgeschlagen und konnten sogar bedrängten Ländern zu Hilfe kommen. Die Ueberbrückung des 1. Januar ist gesichert. Wir werden unseren Verbindlichkeiten reiflos nachkommen. Es wird alles darauf ankommen, die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrecht zu erhalten, damit das Kreditgebäude der Welt wieder aufgerichtet werden kann. Die Voraussetzung dafür ist ein geordneter Haushalt. Es wird möglich sein, wenn auch mit Sorge und Wehen, die Reichsfinanzen durchzubalancieren. Der Minister gab dann noch Auskunft über die Stützungsaktion des Reiches bei den vom Zusammenbruch bedrohten Banken.

### Der Kanzler vor der ausländischen Presse

Berlin, 11. Dez. Die „Voss. Zig.“ berichtet Einzelheiten aus der Rede, die Reichskanzler Dr. Brüning heute vor den Berliner Auslandsjournalisten gehalten hat. Der Reichskanzler erklärte:

Gegenüber den Äußerungen nationalsozialistischer Führer könne die Reichsregierung nur immer wieder versichern, daß sie bei aller Sorge, mit der sie das Aufschwüngen des Kapitalismus verfolge, die Fügung in der Hand halte.

Mit harter Betonung widersprach der Reichskanzler der Behauptung, daß die deutsche Regierung Staatskapitalismus oder Planwirtschaft betreibe. Ihre Absicht sei lediglich, eine Verkrüppelung der Wirtschaft zu vermeiden, die zu Staatswirtschaft oder Planwirtschaft führen könnte. Dieser Erklärung fügte der Kanzler hinzu, daß die deutsche Regierung, wenn sie auch in gewisser Weise auf die Vorgänge im Inland sich habe einstellen müssen, nicht beabsichtige, Dumping zu treiben.

Ueber die Reparationsfrage sagte Dr. Brüning u. a.: In dem Augenblick, wo Deutschland nichts mehr geliehen bekommt und die Reparationen durch Warenüberschuß bezahlen kann, werden die Reparationszahlungen entweder die ganze Weltwirtschaft durcheinanderbringen, oder es wird sich die Unmöglichkeit der Fortsetzung erweisen. Meine Hoffnung ist, so schloß der Kanzler, daß die Welt, wenn sie alle Systeme durchprobiert haben wird, sich zu einer großzügigen Lösung wird entschließen müssen.

Auf die Frage eines der Berichterstatter, was der Reichskanzler zu französischen Presseäußerungen sage, die aussprechen, daß man Deutschland nur im Rahmen des Youngplans helfen könne, erwiderte der Reichskanzler, er hoffe, daß die bevorstehende internationale Reparationskonferenz anders entscheiden werde. Auf die Frage, ob er selbst an der Reparationskonferenz teilnehmen gedenke, antwortete der Reichskanzler: Ja, wenn die anderen Außenminister auch zur Reparationskonferenz erscheinen.

### Kelchentrat des Reichstags am 16. Dezember

Berlin, 10. Dez. Der Kelchentrat des Reichstags ist nunmehr für Mittwoch, den 16. Dezember, einberufen worden. Ein früherer Zeitpunkt wurde nicht gewählt mit Rücksicht auf die am 15. Dezember stattfindende Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums. Auf der Tagesordnung der Kelchentratsitzung, die gegen Mittag stattfindet, stehen die Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen auf Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zur neuen Notverordnung des Reichspräsidenten.

### Adolf Hitler über die deutsche Außenpolitik

München, 11. Dez. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, gewährte heute mehreren Vertretern der sudetendeutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine Unterredung, in der er eine ausführliche Darstellung der nationalsozialistischen Politik gab und sich besonders eingehend mit der deutsch-englischen und der deutsch-französischen Frage befaßte.

In England vollzieht sich gegenwärtig, erklärte Hitler, ein bedeutender Umschwung in der öffentlichen Meinung. Frankreich ist mit seiner Militär- und Geldpolitik auf dem besten Wege, sich zum Weltfeindlichen zu machen. Auch in Amerika und in Italien wächst die antifrancialesche Stimmung von Tag zu Tag. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, man könne Deutschland an Jahrzehnte hinaus zum Weltfeindlichen erniedrigen. Die Unhaltbarkeit der Reparationen wird heute auch in Italien, England und Amerika erkannt.

Es grenzt an Ueberheblichkeit, wenn uns unsere Gegner unterrichten, daß wir die Tributfrage mit kriegerischen Mitteln lösen wollen. Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen Gleichberechtigung des Deutschstums in der Welt. Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Nationalsozialismus in der nächsten Zukunft im Reich mit legalen, verfassungsmäßigen Mitteln zur Macht kommen wird. Ein gegen Volkswirtschaft und Marxismus immunisiertes Deutschland werde, fuhr Hitler fort, nicht nur das Vertrauen in die deutsche Lebens- und Wirtschaftskraft wieder herstellen, sondern auch in politischer Hinsicht ein Staat werden, dessen Freundschaft für die anderen Welt und Anziehungskraft besitzt.

In den politischen Fragen des Südozians erklärte Hitler, sie könnten nur unter dem Gesichtswinkel anferer Einwirkung zu Frankreich beurteilt werden.

In der österreichischen Frage werden wir, fuhr Hitler fort, den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes unseres Brudervolkes nie aufgeben, ob nun wirtschaftliche Donationsförderungspläne oder donatische Interessen von anderer Seite dagegen aufgebracht werden. Ein Krieg europäischer Staaten untereinander sieht heute so viel, wie dem Volkswirtschafts Tür und Tor öffnen. Mit dem ersten Kanonenschuß würde gleichzeitig die bolschewistische Revolution ihre erste Wipfelfarbe in den europäischen Donatshänden aller Länder abgeben.

Berlin, 10. Dez. Ein Berliner Mittagsblatt berichtet in großer Aufmachung über angebliche Besprechungen im Reichsministerium des Innern über Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl. Es werden auch bereits Termine angegeben. Dazu erfahren wir von zufälliger Seite, daß an diesen Mitteilungen kein wahres Wort ist.

**Anzeigenpreis:**

Ein einseitiger Textzeile oder deren Raum 25 Pf., Kleinanzeigen 10 Pf., Anzeigenpreis 100 Pf., Zuschlag, Offerte und Zustellung 10 Pf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abbruches des Anzeigens nicht, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenburg. Für teile. Anträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

### Hoovers außenpolitische Botenschaft

Wegen Schuldentilgung, aber für weitere Zugeständnisse Widerstände gegen die Ratifizierung des Feiertages

Washington, 10. Dez. Hoovers außenpolitische Botenschaft an den amerikanischen Kongreß enthält folgende drei Hauptpunkte:

Er fordert die Ratifizierung des Schuldenfeiertages bis 15. Dezember, schlägt die Wiedereinsetzung des Kriegsschuldenschnittpunktes vor und stellt die Notwendigkeit weiterer teilweiser Zugeständnisse fest. Zugleich unterbreitet Hoover erneut, daß er eine Schuldentilgung nicht billige, und empfiehlt weiter den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof. Die Notwendigkeit weiterer Tilgungsbeschränkungen wird betont.

Das Schuldenfeiertag — so erklärte Hoover bei der Empfehlung der Vorlage — habe eine allgemeine Wirtschaftskrise abgemindert und war daher ein notwendiger Schritt. Die Depression der Weltwirtschaft habe die europäischen Völker härter als Amerika betroffen. Das Schuldenfeiertag habe den Schuldernationen Gelegenheit zur Wiederverordnung gegeben. Ich empfehle dem amerikanischen Volk im eigenen Interesse, ein kluger Gläubiger und guter Nachbar zu sein.

Hoover legt den größten Wert auf die Feststellung, daß Amerika absichtlich nicht an den allgemeinen Reparationszahlungen oder der Aufteilung der deutschen Kolonien und des deutschen Privatvermögens beteiligt sei. Die Abmachungen mit den alliierten Schuldner seien auf einer Grundlage getroffen worden, die nichts mit den deutschen Reparationen zu tun habe. Die Reparationsfrage sei daher notwendigerweise eine rein europäische Angelegenheit, an der Amerika unbedeutend sei. Hoover wiederholte im Wortlaut die Erklärung, die er im Juni bei der Beratung des Schuldenfeiertages abgegeben hatte, und stellte dann fest, daß die Politik der Walling-amer Regierung keine Änderung erfahre.

Hoover betonte es ausdrücklich anzugeben, welche Ausmaß der Kriegsschuldenschnittpunkt lösen soll. Indessen betonte er, daß in einigen Fällen noch weitere vorübergehende Ausnahmemaßnahmen (adjustments) notwendig seien, da es sich herausgestellt habe, daß eine Reihe von Schuldnerregierungen weitere volle Zahlungen an Amerika nicht leisten könnten, solange die Wirtschaftslage der betreffenden Völker sich nicht erholte habe. Der Kriegsschuldenschnittpunkt solle diese Frage unterstützen und seine Schlußfolgerungen und Empfehlungen dem Kongreß unterbreiten.

### Das Schuldenfeiertag gesichert

Washington, 10. Dez. Sofort nach der Verlesung der außenpolitischen Botenschaft des Präsidenten Hoover begann im Senat eine lebhafte Aussprache über das Feiertag. Eine andauernde Mehrheit für die Ratifizierung scheint trotz beständiger Opposition sicher zu sein. Zahlreiche Senatoren aus beiden Lagern, insbesondere auch Borah, wandten sich gegen eine Verlängerung des Feiertages. Senator Borah erklärte mit Anspielungen auf die Abrüstungskonferenz, daß der nächste Schritt zur Rettung Europas von den europäischen Staaten, nicht von Amerika, ausgehen müsse.

London, 10. Dez. Wie Reuters aus Washington meldet, hat die französische Regierung der amerikanischen Regierung formell mitgeteilt, daß eine Revision der Reparationsverpflichtungen von einer entsprechenden Herabsetzung der Kriegsschulden begleitet sein müßte.

### Nationalsozialistische Forderungen für eine Regierungsbeteiligung in Hessen

München, 10. Dez. Die Reichspressestelle der NSDAP. gibt als Mindestforderungen der Nationalsozialisten für eine Beteiligung der NSDAP. an der hessischen Regierung folgende Punkte bekannt: 1. Die Zahl der hessischen Minister wird auf einen — den Staatspräsidenten — beschränkt. Der Staatspräsident wird von der NSDAP. gestellt. 2. Sämtliche Ministerien werden zu einem Staatsministerium (mit je einer Abteilung für Inneres, Finanz, Justiz und Bildung) vereinigt. 3. Sämtliche Staatsratsstellen werden sofort getilgt. 4. Die hessische Gesandtschaft beim Reich wird sofort aufgehoben und durch eine mit einem Herrn besetzte Gesandtschaft ersetzt. 5. Alle Parteibüchereien ohne die vorgeschriebene Ausbildung werden sofort entlassen. 6. In der Zentralverwaltung werden — im Sinne des Statutens des Reichsbauernkommissars — zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf die mittleren Behörden übertragen. Zahlreiche Stellen werden teils sofort, teils mit der Verwaltungsreform getilgt. 7. Das Gehalt des Staatspräsidenten wird auf 12.000 RM. festgelegt. 8. Die Ministerpensionen und die Pensionskassen in Staat und Gemeinden werden mit der Maßgabe herabgesetzt, daß die Höchstgrenze 12.000 RM. beträgt. 9. Die Zahl der Landtagsabgeordneten wird auf 30 herabgesetzt. 10. Die Bezüge der Landtagsabgeordneten werden auf den Satz der wirklichen Ausgaben herabgesetzt. 11. Die Kultur- und Schulpolitik wird dem christlich-nationalen Grundgedanken gestellt und sofort schärfer Kampf gegen Schund und Schmutz und gegen die marxistische Kulturverfälschung aufgenommen. 12. Die hessische Regierung tritt im Reichsrat für eine Politik des entschlossenen nationalen Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für jede Möglichkeit einer aktiven Arbeitspolitik ein. Diese Voraussetzungen bildeten, so erklärt die NSDAP., ein unteilbares Mindestprogramm.



## Deutschnationale Anträge

Berlin, 10. Dez. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt.

Die Deutschnationalen haben ferner folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 außer Kraft zu setzen.“

Westen abend sprach Dr. Oberführer in einer fast belächelten Verlesung der DVP in Braunschweig über die Notverordnung. Er führte u. a. aus, daß das deutsche Volk heute mit Ernüchterung und Schauern vor dem Tatbestand einer neuen Notverordnung stehe. Die Deutschnationalen wollten den Artikel 24 nicht befechtigen, denn sie hätten die Absicht, den „Belagerungsartikel“ später einmal sehr stark anzuwenden, aber in wesentlich anderer Form. Durch die neue Notverordnung werde in das Leben des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft hart eingegriffen. Sie sei weiter nichts als nackte Sozialisierung. Reichstagsler Brünning sei in seiner Kundgebung klar von den Nationalsozialisten abgerückt. Das sei ein unverkennbares Zeichen dafür, daß er ganz unter dem Einfluß des Zentrums und der Sozialdemokratie stehe. Die Herauslösung der Umsatzsteuer müsse zu einer Erhöhtung der gesamten Industrie und des Gewerbes führen. Infolge der Senkung der Kaufkraft durch die Einkommensenkung und der damit verbundenen Schrumpfung des gesamten Erzeugungsprozesses werde automatisch das Heer der Arbeitslosen vermehrt werden. Die Regierungstreife seien über die Stimmung im Volke heute nicht unterrichtet. Das Schicksal der Regierung Brünning sei längst entschieden, weil die Regierung den Kampf um die Seele des deutschen Volkes 100prozentig verloren habe. Früher habe Brünning selbst gesagt, wenn man die letzte Reserve, die Umsatzsteuer, noch anfaße, wolle er seinen Absichten weichen, weil die Erhöhung dieser Steuer ein volkswirtschaftliches Verbrechen sei.

## Erläuterungen zur Notverordnung

Berlin, 10. Dez. In einzelnen Abschnitten der neuen Notverordnung werden von unterrichteter Seite noch eine Reihe von Erläuterungen gegeben. Bei dem Kapitel der Sozialversicherung und Fürsorge wird darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten der gesamten Sozialversicherung sich am besten dadurch kennzeichnen, daß die Zahl der Beitragswochen von 770 Millionen auf rund 600 Millionen im Jahre gesunken ist. Durch die Notverordnung soll nun eine gewisse Gleichzeitigkeit für die einzelnen Versicherungsarten geschaffen werden. Besonders schwierig ist die Lage der Sozialversicherung im Steinfolienbergbau, in der Holzindustrie und im Vauwesen. Diese Industrien tragen gegenwärtig eine Umlage, die weit über der Umlage der Vorkriegszeit liegt. Um hierbei einen Ausgleich zu schaffen, ist beabsichtigt, durch Überwälzung des Braunkohlenbergbauers, der sich versicherungsmäßig günstiger stellt, den Steinfolienbergbau zu entlasten. Für die Holzindustrie und das Vauwesen soll diese Entlastung durch einen gewissen Zuschuß mit den anderen Industriezweigen erfolgen. Insgesamt werden in der Unfallversicherung für ein Jahr 50 Millionen und in der Invalidenversicherung 100 Millionen eingespart werden. Die Notverordnung steht in keinem Punkte eine Kürzung der einzelnen Sozialrenten vor. Sie gibt lediglich wahlbare Renten preis, um dadurch die Versicherung zu entlasten.

Zu den Bestimmungen über die Erhöhung der Umsatzsteuer erfahren wir weiter, daß die ursprüngliche Zehnung des Aufkommens der Umsatzsteuer für das laufende Geschäftsjahr sich auf 1055 Millionen belief. Auf Grund der bisherigen Eingänge ist diese Vorausschätzung auf 980 Millionen herabgesetzt worden. Das Mehrertrömmen der Umsatzsteuer auf Grund der Erhöhung wird, wie bereits in der amtlichen Verlautbarung gesagt, mit 900 Millionen beziffert. Wesentlich bei diesem Abschnitt über die Umsatzsteuer ist die Einführung der sogenannten Abgabenpauschalisierung. Diese Abgabenpauschalisierung bedeutet, daß die Steuer auf eine Ware im Produktions- und Verteilungsgang nur an einer Stelle erhoben wird. Das würde also beispielsweise in der Textilwirtschaft bedeuten, daß nur die Weber, nicht aber die anderen an Herstellung und Vertrieb der Ware Beteiligten die Umsatzsteuer bezahlen. Diese Abgabenpauschalisierung stellt in der Endwirkung keine Verringerung der Gesamtbelastung durch die Umsatzsteuer dar, sondern nur eine Verschiebung in der Form der Erhebung.

Das Versammlungsverbot ist heute in Kraft getreten. Um Richterläumdiffe auszuschließen, muß betont werden, daß es

nicht für geschlossene Versammlungen in geschlossenen Räumen gilt, sodas also Weihnachtsfeiern politischer Verbände möglich sind, wenn sie diesen Vorschriften genügen. Sehr schwierig ist die Definition des Begriffs der Personen, die im öffentlichen Leben stehen und den verhängten Ehrenschutz genießen sollen. In den meisten Fällen wird der Richter entscheiden müssen. Der Sinn dieser Bestimmungen ist aber, eine Entgiftung des öffentlichen politischen Kampfes herbeizuführen und daraus geht schon hervor, daß der Rahmen ziemlich breit gehalten ist.

## Grüner der kommerbe Mann?

Ein ausländisches Blatt, das sich mit der Berliner Krise beschäftigt, glaubt zu wissen, daß die Regierung Brünning dem Reichspräsidenten sofort ihre Demission (Rücktritt) unterbreiten will, wenn die Sozialdemokratische Partei die Einberufung des Reichstages verlangen sollte. Schon jetzt böre man Vermutungen über ein neues Kabinett. Reichswehrminister Brüderer werde als aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Reichsfinanzlers genannt. Da Brünning angeblich nicht dafür zu haben sei, in einem Kabinett Grüner die Außenpolitik weiterführen zu lassen, so sei die Frage um den Außenminister ein heißes Problem. Dieses sozialistische Regierungsexperiment wäre bedenklich.

## Weitere Staatsvereinfachungsmaßnahmen in Württemberg

Stuttgart, 10. Dez. In der gestrigen Sitzung des Finanz- und Landeshaushalt des Landtags legte Staatsrat Dr. Vogelmeier die weiteren Vereinfachungsmaßnahmen der Regierung im einzelnen dar. Auch beim „Staatsanzeiger“ kommt eine Redaktionsstelle in Wegfall. Staatspräsident Dr. Volz verbreitete sich über den teilweisen Abbau der Ministerialanlagen. Es sei bedenklich, angesichts des allgemeinen Gehaltsabbaus die Ministerialanlagen zugleich ganz zu streichen. Ministerialrat Dr. Kiefer verbreitete sich über die Wiedervereinigung des Wirtschaftsministeriums mit dem Innenministerium, die aber abgelehnt worden sei. Auch eine Zusammenlegung verschiedener Abteilungen im Innenministerium hätte schon aus räumlichen Gründen abgelehnt werden müssen. Der Redner verbreitete sich ferner über Vereinfachungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung. Zum Teil handelt es sich um eine Neuregelung von Zuständigkeitsfragen auf den verschiedenen Gebieten der Innen- und Polizeiverwaltung. Des weiteren verbreitete er sich über Änderungen auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung. Das Innenministerium überträgt danach eine Reihe von Aufgaben an die ihm nachgeordneten Stellen. Welche Einsparungen durch die Maßnahmen erzielt werden, lasse sich noch nicht feststellen. Eine Anzahl Beamter werde erspart; verschiedene Stellen seien mit Rücksicht darauf nicht mehr besetzt worden.

Über die Mittelungen entspann sich eine Debatte, in der insbesondere die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit mancher Maßnahmen berührt wurde, sofern, wie ein sozialdemokratischer Redner ausführte, die Regierung den Mut habe, auf eine andere Oberamtsverteilung hinzuwirken. Es gelte nichts Grundlegendes. Staatspräsident Dr. Volz erklärte, daß es sich um eine Umschichtung von Kleinigkeiten handle, die aber auch einmal reguliert werden müßten. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung sei zum Teil eine selbständige Behörde. Es sei geprüft worden, was lokal durch die Bezirksbehörden und was zentral durch die Ministerialabteilung geregelt werden könne. In der Debatte wurde vor allem der zu umfangreiche Aktenlauf bei den Behörden, das Eingabewesen, die Arbeitsverteilung innerhalb der Behörden und dergl. mehr behandelt.

Justizminister Dr. Becherle referierte über die Maßnahmen der Justizverwaltung, soweit sie vom Reich ausgehen, oder auch durch die württembergische Justizverwaltung selbst durchgeführt sind. Es handelt sich um Ersparnisse von rund 700.000 Reichsmark, denen auch noch Mehreinnahmen gegenüberstehen.

Kultminister Dr. Bazille berichtete über die weiteren Sparmaßnahmen der Kultverwaltung, die im laufenden Etat noch 80.000 RM., für 1932 125.000 RM. betrage. Die Gesamteinnahmen erhöhen sich um 213.000 RM. Der Minister verbreitete sich weiter über die Sparmaßnahmen bei den Hochschulen. Der Andrang der Studierenden besche weiter. Weitere Sparmaßnahmen könnten finanziell noch nicht genau errechnet werden. Die Landwirtschaftliche Hochschule Dohenheim habe nur noch etwa 100 Studierende; sie sei zugleich auch die Hochschule für Baden. Mit deren Aufhebung würden mehrere

## Fluch des Goldes

Der Goldreichtum, über den Frankreich verfügt, hat sich für das Land als recht zweischneidiges Schwert erwiesen. Offensichtlich erweiterte er den Geldumlauf. Während noch am 26. Juni 1928 rund 30 Milliarden Franken umliefen, waren es am 30. Oktober 1931 fast 84 Milliarden. Diese Aufblähung des Geldumlaufes wäre an sich für sich nicht gefährlich, wenn zu gleicher Zeit auch die Produktion entsprechend steigen würde. Inzwischen aber sank der Index der Warenzeugung in Frankreich von 143 im Juni 1930 auf 136 im Juni 1931. Geldmenge und Warenmenge kaffen also immer weiter auseinander.

Die Folge davon ist, daß die Preise in Frankreich überhöht sind. Dasselbe gilt auch von den Löhnen. So kommt es, daß Frankreichs Kaufkraft ständig sinkt. Während der französische Kaufkraftüberschuß im Jahre 1927 noch mit rund 2,4 Milliarden Franken aktiv war, mußte Frankreich im Jahre 1930 einen Einfuhrüberschuß von 9,5 Milliarden feststellen, der sich im laufenden Jahre noch beträchtlich steigerte (Schätzungsweise auf über 10 Milliarden). Der Goldreichtum brachte den Franzosen auch eine unangenehme Mitgift.

landesweitige Institute zugleich fallen. Eine Vereinigung der Landw. Hochschule Dohenheim mit der Techn. Hochschule Stuttgart werde zugleich geprüft. Beim Schulwesen handelt es sich um ganz erhebliche Einsparungen (Einschränkung des Besuchs der Landheime, Aufhebung von Schulklassen, Abbau von 30 Lehrstellen, Reduzierung der Dozentenzahl). Die Berücksichtigung ganzer Klassen, nach auswärts soll aufhören. Die Einschränkung der kleinen Landheime sei noch zweifelhaft, dagegen soll der freiwillige Unterricht wieder verringert werden. Bei den Volkshochschulen handelt es sich auch um die Zusammenfassung kleiner Volkshochschulen. Zunächst denke er nicht an die Aufhebung des Klassenlehrerlehres, trotzdem dadurch 30 Lehrer entbehrlich würden. Jede Klasse solle bis auf weiteres einen bestimmten Lehrer erhalten. Dagegen müsse die Klassenlehrerzahl erhöht werden. Der Vorschlag des Städtetags, eine durchschnittliche Klassenlehrerzahl von 18 festzusetzen, sei mit Rücksicht auf die vielen kleinen Landgemeindefschulen nur schwer durchzuführen. Die Bildung von Verbundschulen soll erleichtert werden. Einige kleinen Frauennachmittagschulen sollen eingehen. Die Lehrerseminare werden im nächsten Jahr keine neuen Jünglinge mehr annehmen. Eventuell sollen Lehrerseminare geschlossen werden. Der Kultminister verbreitete sich dann über die Vereinfachungsmaßnahmen in den anderen Kapiteln und Teilen des Kultetats.

In der Aussprache wurden die verschiedenen Maßnahmen kritisch beleuchtet, doch wurden sie als erträglich bezeichnet. Der Städtetag sei mit seinem Vorschlag nicht gut beraten. Angenommen wurde folgender Antrag Deumann, Reich (Soll): Das Staatsministerium zu ersuchen, mit der Regierung des Freistaates Baden darüber in Verhandlung einzutreten, ob sich bei den in beiden Ländern bestehenden Hochschulen aufgrund der treffenderen Vereinbarungen Vereinfachungen und Einsparungen dadurch erzielen lassen, daß bestimmte Lehrgebiete, die erfahrungsgemäß nur auf eine geringere Hörszahl rechnen können, nur an je einer Hochschule der beiden Länder behandelt und die für ihre Behandlung erforderlichen Einrichtungen (Seminare, Laboratorien u. dergl.) planmäßig zusammengelegt werden, mit dem Gesamtziel, daß die Hochschulen der beiden Länder einander in zweckmäßiger und größerer Ersparnisse ermöglichender Weise ergänzen.

Über die Finanzverwaltung referierte Dr. Dehlinger, der auf die gute Durchorganisation des Finanzministeriums hinwies. Der Minister behandelte dann Einzelfragen.

Für die Wirtschaftsverwaltung referierte Ministerialrat Künzler, der eine Reihe Einzelfragen behandelte.

## Gut zu Fuß

mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung!  
Fußstützen u. Bandagen  
Neuzellische  
Fußpflege



DEIMLINGSTR. 23  
Edeleisenwarenhandlung  
Pforzheim

## Sanatorium Dr. Bräuner.

Der Roman eines deutschen Detektivs. Von Kurt Martin.  
Copyright by Verlag Neues Leben, Bonn, Omain.

34  
„Das würde ich mir nicht gefallen lassen, Herr Professor.“

„Ich habe es ihm schon gesagt. Er soll sich dann mit der Stiefmutter dieses Mädchens in Verbindung setzen. Sie kann ihn ja forschmen.“

„Der Kranke hat keine Mutter mehr?“

„Nein. Sein Vater heiratete zum zweiten Male, ist aber jetzt auch schon tot. Nun hat er nur noch diese Stiefmutter.“

„Eine sehr liebe Frau. Sorgt sich sehr um den Menschen.“

„Das ist eine Seltenheit.“

„Ja es. — Uebrigens, der Graf fällt mir auf, Ihnen nicht auch?“

„Nein.“

„Er ist manchmal so still, wenn ich komme. Hoffentlich wird er nicht tiefinnig. Ich traue dem Menschen einen Selbstmordversuch zu. — Das muß aber vermieden werden. Wir werden ihn noch heute nach der Verhütungsgasse bringen. Und alles wegnehmen, womit er sich verletzen könnte.“

„Sehr wohl. — Nein, ein Selbstmordversuch ist nicht angenehm in einem Sanatorium.“

„Das ist es ja! — Man hat dann nur Scherereien mit den Bettenden.“

„Ich werde alles tun, damit der Graf keine Möglichkeit findet, einen derartigen Plan auszuführen.“

Als Bräuner tags darauf in seinem Speisezimmer ordinierte, schlich sich der Oberpfleger zu dem Grafen.

Der sah trüblich, nur nichtdurstig bescheidet, auf einem Strohsack. Als er Straffer sah, brannete es zornig in seinen Augen auf.

„Sie Mensch! Sie Schuft!“

„Heil, Graf!“

„Sie Perücken!“

„So hören Sie doch einmal!“

„Sie Schurke!“

„Noch ein solches Wort, und ich sperre Sie ein und hämmere mich nicht mehr um Sie!“

Der Graf erhob sich feuchend.

„Also gut, belügen Sie mich weiter!“

„Graf, ich bin nicht schuld, daß Sie hierher gekommen sind. Sie sind schuld.“

„Ich? — Sie!“

„Gewiß. Der Professor hat Sie heimlich beobachtet. Sie haben schlecht gehalten, was Sie mir versprochen.“

„Ich?“

„Sie haben nachdenklich dagelesen, nicht errotet, wie es sonst Ihre Art war.“

„Ja, da war ich doch aber allein.“

„Sie wissen hier nie, wann Sie alleine sind.“

„Und?“

„Der Professor erklärte mir gestern, Sie hätten sich verändert. Ich dachte schon, nun sei alles verloren.“

„Alles?“

„Noch nicht.“

„Ja, was denn nun? — Warum bin ich in diese Verhütungsgasse geschafft worden? Warum hat man mir alles weggenommen? Glaubte man denn, ich wollte mir das Leben nehmen?“

„Sie haben es erraten.“

Der Graf lachte hell auf.

„Das ist gut.“

„Reißt Sieien Sie froh, daß der Professor es sich einbildet.“

„Deshalb bin ich also jetzt in dieser Zelle?“

„Ja.“

„Er will mein Leben erhalten?“

„Ja.“

„Oh, dieser Schuft, weil der andere gut zahlt!“

„Sicherlich! Jetzt verderben Sie aber nicht noch mehr! Spielen Sie ruhig den Melancholischen! Dann hat er Angst um Sie.“

Der Graf lächelte.

„Wann, meinen Sie es denn wirklich ehrlich?“

„Unbedingt! — Jetzt erzählen Sie mir kurz Ihre Geschichte!“

„Ja, wo soll ich da anfangen? — Ich stehe allein. Meine Frau ist tot. Man fand sie eines Morgens; Herzschlag. — Ich habe nur noch einen Verwandten, den schuftigen Bettler. Der kam zu mir, mich zu trösten. Brachte seine Frau mit.

Diese Schlange! — Dann begann er, mich aufzuheben, was betrug mich, die Verwalter seien Diebe, alle hintergingen mich. — Ja, ich ließ mich täuschen und erlösch meinen alten Verwalter. — Da war plötzlich der Professor mit anwesend. Man fesselte mich, sagte, ich sei wahninnig und brachte mich hierher. — Nichts erfahre ich von meinen Gütern! Der Schuft wirtschaftet mir alles zugrunde!“

„Etwas weiß ich jetzt wenigstens. Ich muß Sie aber noch über vieles fragen. Ihren Bettler werde ich jetzt beobachten lassen.“

„Ja.“

„Dann sehen wir weiter.“

„Und dieser Schuft?“

„Den werden wir schon überführen. — War denn der Professor schon dort, als Sie auf den Verwalter misstrauisch wurden?“

„Ja.“

„Da haben wir es ja! — Waren Sie schon früher, Jahre vorher, mit dem Professor bekannt?“

„Nein. Er kam als Bekannter meines Bettlers. Hätte ich freilich gemerkt, wer er eigentlich war.“

„Was denken Sie denn eigentlich jetzt von ihm?“

„Dah er damals nur hinkam, um mich hierher zu schaffen.“

„Bermutlich.“

„Erst haben Sie mich in blinden Zorn hineingetrieben.“

„Und dann?“

„Dann haben Sie mich unglücklich gemacht.“

„Vorwärts! Es kommt jemand!“

Der Oberpfleger schloß rasch die Tür und ging den Gang vor. Bräuner kam auf ihn zu.

„Wo waren Sie?“

„Ich war einmal nach dem Grafen. Er macht einen recht trüblichen Eindruck.“

„Noch nicht besser?“

„Nein.“

„Wir wollen ihm einmal versuchsweise zu jeder Nachtzeit etwas Wein geben.“

Bräuner schreift zu der Zellentür und sah durch das kleine Beobachtungsfenster.

Fortsetzung folgt.





Schule mit jungen Menschen zu tun, deren edleres Selbst sich doch immer wieder sträubt gegen die Schamlosigkeit und Brutalität, mit welcher manche Gegenwartsdichter dem sittlichen Empfinden gegenüber operieren. Daß in den letzten Tagen abermals aus Berlin Minister das Wort nahmen, zeigt das Ungenügende der Stunde. Am eindringlichsten sprach Reichskanzler Dr. Brüning. So hörte man ihn noch nie. Die kommenden Weihnachtstage werden wohl noch besondere Verkündigungen bringen inbezug auf den Burgfrieden, solange der Christbaum brennt. Sind seine Lichter erloschen, dann mag die Front das Feuer wieder aufnehmen. Auf das Weihnachtsgeschenk der Regierung, welches die Preise wichtigen Lebensbedarfs den gefürzten Löhnen und Gehältern anpaßt, hat das Volk lange genug gewartet.

## Vom Pforzheimer Schauspielhaus

Neuenbürg, 10. Dezember

„Das Käthchen von Heubronn“ von Heinrich von Kleist  
 Im Schauspielhaus blüht die blaue Blume der Romantik. Zwar scheint das Blau der Blume etwas blaß und angekränkt, aber immerhin: sie blüht, und in die Sachlichkeit des Zeittheaters bringt diese volkstümlichste Dichtung Kleists eine willkommene Abwechslung. Fehlt ihr auch die Sprachgewaltigkeit der „Benthesilea“, der Zauber ihrer Poesie bezwingt auch noch das Heute, lehrt uns an Wunder glauben und an Vorsehung. Franz Ottos Spielleitung hat Nebenfüßliches gestrichen, doch Form und Inhalt haben dadurch nur gewonnen.

In die Titelrolle legte Kleist sein ganzes eigenartiges Ideal vom Weibe: völlige und selbstlose Hingabe an den Mann und dessen Leben. Olga Diara gab sie wieder in leuchtender Harmonie, voll weiblicher Hingabe und unerschütterlichem Vertrauen. Nicht unsympathisch steht neben ihr die derbe, aber eheliche Gestalt des Grafen Wetter vom Strahl (Sildermann), der aber auch noch wie ein Werther schwärmen kann. Miny Jonsdorff zeigt eine rührende Kunstgabe; Müller und Schoderböck verhalten dem Humor zu ihrem Rechte. Lichtweiß, Franz Otto, Uebach, Moog und Lilly Thal haben ebenfalls teil am Gelingen des Ganzen. Ludwig Weg zeigt vereinfachte aber stimmungsvolle Bühnenbilder. Ein schönes, romantisches Märchen geht über die Bretter und das mittelführende Dutz hundert freudigen Beifall.



**I. FC. Birkenfeld.**

Sportplatz bei der „Sonne“.  
 Gedeckte Zuschauer-Tribüne.

Sonntag, 13. Dez. 1931.  
 Verbands - Wettspiel  
 gegen

**Union  
 Böckingen**

Anfang 2 Uhr.  
 Vorher:  
 Birkenfeld III  
 gegen  
 Ballspielklub Pforzheim

Um 6 Uhr im Hotel  
 „Schwarzwaldraut“

**Konzert**

der Sänger-Abteilung des  
 I. F. C. Birkenfeld unter  
 Mitwirkung des Pforzheimer  
 Symphonieorchesters.  
 Mitglieder, Fremde und  
 Gönner des Vereins von  
 hier und Umgebung sind  
 zum Besuch beider Veran-  
 staltungen freundlichst ein-  
 geladen.

Der Vorstand.

Gemeinde Birkenfeld.

### Holzhandlung-Altford.

Kommenden Samstag den 12. ds. Mts., vormittags 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, kommt das Fällen und Aufbereiten des zum Anfall kommenden Holzes aus der Waldwegneubaulinie der Abtl. Schellerhau, sowie der Holzansatz der Abtl. Neumiesenberg im öffentlichen Abtrieb zur Vergebung. (Nur an hiesige Ortsbewohner.)

Birkenfeld, den 10. Dezember 1931.

Gemeindepfleger: (gez.) Heeh.

Gemeinde Birkenfeld.

### Christbaum-Verkauf.

Am Samstag den 12. ds. Mts., nachmittags von 2—4 Uhr, kommen im Rathaushof eine Anzahl **Weihnachtsbäume** gegen Barzahlung zur Versteigerung.

Aus dem hiesigen Gemeindevald kann sofort ein größeres Quantum

### Stodholz

abgegeben werden. Interessenten wollen sich an Förster Ehmann wenden.

Birkenfeld, den 10. Dezember 1931.

Gemeindepfleger: (gez.) Heeh.

KAUFHAUS SCHOCKEN  
 PFORZHEIM

### Lebkuchen

Hoxenhaus mit 5 mit Schokolade überzogenen Herzen	0.20
Brezeln oder Zungen oder Sterne oder Herzen mit Schokolade überzogen, Paket 5-7 Inhalt	0.25
Basler Lebkuchen . . . . . 6 Stück Inhalt	0.40
Parsipan-Kuchen auf Oblaten, 2 Stück glasiert, 1 Stück mit Schokolade überzogen, Paket	0.65
Weiße Lebkuchen auf Oblaten, 6 Stück Inhalt	0.35
Punsch-Lebkuchen auf Oblaten, in 2 Stück Inhalt	0.85
Makronen-Lebkuchen auf Oblaten, 6 Stück Inhalt	0.95
Luisela-Lebkuchen auf Oblaten, in 6 Stück Inhalt	0.95

Auf Oblaten gebackene Lebkuchen sind vor warmer, trockener Luft und starker Kälte zu schützen, also in einem kühlen Raum aufzubewahren.

473 Inseratenform geschickt

Praktisch, gut u. billig schenken ist keine Kunst, wenn Sie im größten und leistungsfähigsten Spezialhaus kaufen.

### Hüte Mützen Schirme

Krawatten Cachenez Handschuhe Hosenträger Pullover Gamaschen

### Pelzwaren

Infolge **Großeinkauf** für meine **vielen Geschäfte** finden Sie bei mir **Sämtliche Neuheiten**

in **konkurrenzloser Auswahl** zu **denkbar billigsten Preisen**

Verkaufshäuser **Pforzheim:**

**Ed. Klein**

Schloßberg 2 am Markt

**Spezial-  
 Haus**

**Globus**

Tel. 3173 Westliche Karl-Friedrichstr. 42

Birkenfeld, den 9. Dezember 1931.

### Todes-Anzeige.

Unsere werten Freunde und Bekannten sowie der verehrlichen Kundschaft die traurige Nachricht, daß

**Herr Robert Weber,**  
 Friseurmeister,

Mittwoch früh 5 Uhr im Alter von 29<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In aufrichtigstem Leid:

**Familie Döiker** mit Angestellten.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag 2 Uhr statt.

Trauerhaus: Hauptstraße 43.

### Zwangs-Versteigerung.

Im Zwangswege werden morgen am 12. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, in Herrenalb  
**2 Büffets, 1 Chaiselongue, 1 Globus, 1 Schreib-  
 tischstempel, 1 goldene Herrenuhr mit Schlagwerk  
 und 43 Stück Perlen**  
 öffentlich gegen Bar versteigert.  
 Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieher Reidel.

Metallbankasten von Mk. — 50 an

„Rächtlin“-Metallbankasten — Eisenbahnen

Laubfächerkasten, Holz, in la Qualität von Mk. 1.— an

Kupfer-Wärmflaschen, 1000 gr. schwer, zu Mk. 3.75

Kodesschlitten, la Qualität, 70 cm, von Mk. 3.50 an

Schlittschuhe

Christbaumständer — Ofenschirme — Kohlenkasten

**Carl Stiess, Eisen-  
 handlung**

Metzgerstr. 5

Pforzheim

Telefon 625

Birkenfeld, 11. Dez. 1931.

### Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwägerin, Schwester und Tante

**Hedwig Roth,**  
 geb. Müller,

im Alter von 32 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Hugo Roth und Kinder Reinhold und Otto.  
 Familie Philipp Bägner.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag 3 Uhr statt.

Trauerhaus: Hauptstraße 54.



Sportleute!

Schützt Euch gegen Erkältungen der Atmungsorgane. Das bewährte Mittel bei Husten, Heiserkeit u. Katarrh sind die seit Jahrzehnten berühmten

**Kaiser's  
 Brust-Caramellen**  
 mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Neuenbürg.  
 Guterhaltener, brauner  
**Winter-Weberzieher**  
 ist billigst zu verkaufen  
 Neuhäuser  
 Wildbacher Str. 365.

### Darlehen

von 300 Mk. gesucht gegen vielfache Sicherheit und pünktliche Zinszahlung. Zinszahlung in 2—3 Jahren. Angebote von Selbstgebern unter N. E. 450 an die Enthalder-Geschäftsstelle erbeten.

Birkenfeld.  
**Bürsten und Besen**  
 aller Art  
 empfiehlt  
 Max Schumm,  
 im Post-Gebäude.

## Als Weihnachts-Geschenke

empfehlen wir:

**Briefpapier in Kassetten und Blocks  
 Schreib- und Photo-Albums**



Ledermäppchen für die Schule, Farbschachteln, Tintenzeug, Bilder- u. Malbücher, Gesangsbücher, Kiehnle- und Löffler-Kochbücher, Kochbücher zum Einschreiben für Rezepte.

**C. Meek'sche Buchhandlung, Neuenbürg**

Inhaber Fr. Biesinger

## Bieh-Verkauf.

Von Montag morgen 8 Uhr ab steht in den Stallungen des Friedrich König gegenüber dem Bahnhof in Höfen ein sehr großer frischer Transport

erstklass. junger Kälberkühe, trächtiger Kühe, ausnahmsweis schöner, gewöhnlicher, hochträcht. Kalbinnen, sowie ein erstklassiger Zuchtstier (Rotschwarz) mit Abstammungsnachweis

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladet

**Manfred Löwengardt, Rexingen.**

